

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 1998**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Sachsen-Anhalt

**„Mehr Arbeitsplätze für Sachsen-Anhalt“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Halle am 18. Oktober 1997)

C:\ Wahl 1998\PROGR.SAM  
letzte Fassung

**F.D.P.**

Die Innovativen

Mehr Arbeitsplätze für Sachsen-Anhalt

Programm 1998 - 2002

## Inhaltsverzeichnis

Schluß mit der Rot-Grünen Arbeitsplatzvernichtung	1
Wirtschaftsaufschwung - aus eigener Kraft zu mehr Arbeitsplätzen	2
Sichere Arbeitsplätze in der Landwirtschaft	7
Mehr Arbeitsplätze durch eine moderne Umweltpolitik	9
Bildung und Ausbildung - Investitionen für mehr Arbeitsplätze	12
Mehr Sicherheit - ein besseres Klima für mehr Arbeitsplätze	15
Kultur und Medien - Chance für mehr Arbeitsplätze	17
Soziale Leistungen für Bedürftige, bezahlbar durch mehr Arbeitsplätze	19
Jugend braucht mehr Arbeitsplätze	21
Mehr Arbeitsplätze durch eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik	23
Neubeginn für mehr Arbeitsplätze. Jetzt !	25

## **Schluß mit der Rot-Grünen Arbeitsplatzvernichtung**

Die Bilanz nach vier Jahren Minderheitsregierung von PDS-Gnaden ist erschreckend. Sachsen-Anhalt hat mit Abstand die höchste Arbeitslosenquote, kein Wirtschaftswachstum, die niedrigste Investitionsquote, die höchste Staatsverschuldung und das rückschrittlichste Bildungssystem.

Dieses Ergebnis ist nicht allein der wirtschaftlichen Gesamtsituation geschuldet, sondern ist die Konsequenz der rot-grünen von der PDS beeinflussten Politik in Magdeburg.

In den Jahren 1996 und '97 wurden Haushaltsmittel in erheblichem Maße nicht ausgereicht. Die Ausreichung hätte zu einem Wirtschaftswachstum von 2 % geführt. Die Schaffung von Tausenden von Arbeitsplätzen unterblieb somit zum Schaden der Arbeitssuchenden.

Es gilt deshalb, durch die Politik Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen die Arbeitslosigkeit mit all ihren fatalen Folgen für die betroffenen Menschen und die Gesellschaft insgesamt so rasch wie möglich abgebaut werden kann.

Mit grünen Öko-Parolen und roter Konzeptionslosigkeit wurden Investoren vertrieben. Es wird höchste Zeit, wieder ein positives Investitionsklima in Sachsen-Anhalt zu schaffen.

Demokratie lebt vom Mitmachen und vor allem durch Meinungsvielfalt. Im Landtag herrscht Meinungseinfalt. Links die leeren Versprechungen der SPD, die Phantastereien der Grünen und die Klassenkampfparolen der PDS, in der Opposition der zahnlose Tiger CDU.

Die Städte und Gemeinden werden derzeit als Sparschwein und Prügelknabe der unfähigen Landesregierung mißbraucht. Sie müssen wieder frei sein von ständiger Aufgabenübertragung ohne finanziellen Ausgleich, frei in ihrer Handlungsfähigkeit durch adäquate Finanzausstattung seitens des Landes und frei von überzogenen Landesrichtlinien, die jegliche Kreativität der Kommunen bei der Aufgabenerfüllung ersticken.

Wir, die Freien Demokraten in Sachsen-Anhalt, wollen eine bessere Zukunft für dieses Land. Deshalb ist 1998 das Jahr des Umsteuerns in der Politik. Wir wollen keine Ideologien mehr, die Klassenfronten aufbauen, sondern mutige Geisteshaltungen, die Veränderungen bewirken, um die soziale Marktwirtschaft zu sichern.

Wir werden in Sachsen-Anhalt für mehr Investitionen sorgen und Arbeitsplätze schaffen, den einheimischen Mittelstand und das Kleingewerbe als unentbehrlichen Arbeitgeber fördern, den Ausbau der Infrastruktur ankurbeln, die Innovationskraft entschieden stärken. Wir werden Universitäten und Hochschulen modernisieren und ihnen mehr Selbständigkeit geben, ein erstklassiges Bildungssystem schaffen und gewährleisten, daß alle Schulabgänger, die nicht studieren, Ausbildungsplätze erhalten.

Wer in die Bildung investiert, investiert in die Zukunft. Wir brauchen um der Zukunft unserer Kinder willen eine andere Regierung, die die Interessenlage von jungen Menschen wieder zur Grundlage ihres Handelns macht.

Wir Freien Demokraten in Sachsen-Anhalt fordern die Bürger unseres Landes auf, mit uns aktiv für eine bessere Zukunft zu kämpfen! Nur mit den Liberalen wird sich in Sachsen-Anhalt etwas ändern.

## **Wirtschaftsaufschwung - aus eigener Kraft zu mehr Arbeitsplätzen**

Aufgabe der Politik ist es, optimale Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft zu schaffen. An diesem zentralen Punkt haben die rot-grünen Sozialökologen in Magdeburg vollkommen versagt. Das Investitionsklima ist aufgrund der ständig drohenden zusätzlichen Abgaben und Verbote aus dem Umweltministerium auf einem Tiefpunkt angekommen.

Es gilt, die nachgewiesene Kompetenz der Freien Demokraten in der sozialen Marktwirtschaft wieder für das Land nutzbar zu machen.

Die Grundvoraussetzung für einen Aufschwung der Wirtschaft ist die konsequente Senkung der Steuer- und Abgabenlast.

### Zügiger Ausbau der Infrastruktur

In den ersten Jahren nach der Wende konnte Sachsen-Anhalt bei der Modernisierung seiner Infrastruktur beachtliche Erfolge erzielen: Die Telekommunikation, das Verkehrswegenetz, die Ver- und Entsorgungseinrichtungen wurden in wichtigen Teilbereichen auf den modernsten Stand gebracht. Seit dem Amtsantritt der Linksregierung in Magdeburg verliert der Aufholprozeß aber spürbar an Tempo und Dynamik.

Dies kann nicht hingenommen werden, denn noch vieles ist zu tun, damit Sachsen-Anhalt seinem Anspruch als leistungsfähiger Wirtschaftsstandort gerecht werden kann.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt bei der Ansiedlung von Unternehmen ist die verkehrliche Erschließung. Deshalb muß das Autobahnnetz in Sachsen-Anhalt einschließlich der Fortführung der A14 durch die Altmark beschleunigt ausgebaut werden. Gleiches gilt für die Bundesstraßen, die im Bereich der Mittelstädte und kleinen Ortschaften als Umgehungsstraßen auszubauen sind, sowie die Landesstraßen. Besondere Priorität sollen dabei Problemregionen wie das Mansfelder Land, der Harz und die Altmark haben.

Projekte, die durch den Staat kurzfristig nicht finanziert werden können, sollen durch private Investoren finanziert werden.

Zur Minderung der steten Staugefahren in den großen Städten beteiligt sich das Land durch Förderung an Straßenbauvorhaben, die der deutlichen Entlastung von Engstellen dienen. Bei Abwägungen im Planfeststellungsverfahren sind endlich auch die Auswirkungen des Nichtbauens von Straßen auf die derzeit von den innerörtlichen Blechlawinen Betroffenen zu berücksichtigen.

Der Anteil für den Erhalt und den Ausbau der Straßen ist im Landeshaushalt deutlich anzuheben. Das Eisenbahnnetz muß ebenfalls zügig modernisiert werden. Die ICE-Strecke München-Halle-Berlin ist für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung.

Eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene erfordert den raschen Ausbau der Schnittstellen zwischen verschiedenen Verkehrsträgern als Güterverkehrszentren. Die alleinige Orientierung der Transporte auf die Straße führt zu einem Kollaps dieses Verkehrsträgers.

Zum zukunftsfähigen Umbau gehört ebenso der kontinuierliche Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und die Verbesserung seiner Akzeptanz in der Bevölkerung durch Alternativangebote an den Bürger, wie Verbesserung der Vernetzung zwischen individuellem und öffentlichem Verkehr, praktiziertem Umweltverbund in Großräumen sowie akzeptable Tarifgestaltung.

Der unterschiedliche Ausstattungsgrad von Linienbussen für gehbehinderte und ältere Bürger ist im GVFG als besonderer Zuschuß zu berücksichtigen.

Zur Entlastung der Straßen vom (Massen-)Gütertransport sind auch die Wasserstraßen so zu optimieren, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt deutlich gesteigert wird.

Die Entwicklung des flachgehenden Binnenschiffes (Flabi) ist mit Sonderförderungen des Landes Sachsen-Anhalt voranzutreiben.

Schließlich gilt es, dem Luftverkehr größere Aufmerksamkeit zu schenken. Das Engagement Sachsen-Anhalts für den Flughafen Leipzig-Halle muß wieder angemessen erhöht werden. Außerdem hat das Land kurzfristig alle Voraussetzungen für den Bau eines interkontinentalen Flughafens in der Altmark ("Berlin-Airport") durch private Investoren zu schaffen.

Für den beschleunigten Ausbau der Infrastruktur werden wir die Investitionsquote des Haushaltes des Landes Sachsen-Anhalt spürbar erhöhen. Außerdem müssen die im Haushalt bereitgestellten investiven Mittel auch tatsächlich verausgabt werden. Schließlich sind die Planungs- und Genehmigungsverfahren für wichtige Verkehrsprojekte - wie in den ersten Jahren nach der Wende - wieder zu beschleunigen. Nur dann kann auch die Bauwirtschaft ihre Funktion als "Konjunkturlokomotive" wieder wahrnehmen.

#### Nachhaltige Förderung des Mittelstandes

Zwingende Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft ist ein breiter, leistungsfähiger Mittelstand. In Sachsen-Anhalt sind nach der Wende mehr als 120.000 mittelständische Betriebe und Praxen entstanden, die in den meisten Fällen gute Voraussetzungen mitbringen, um sich dauerhaft zu behaupten. Bedrohlich ist allerdings der in den meisten Fällen viel zu geringe Eigenkapitalanteil. Die F.D.P. wird ein Mittelstandsförderprogramm auflegen, das gezielt die Probleme von Klein- und Mittelunternehmen lindert. Staatliche Förderung der Eigenkapitalbildung, Liquiditätshilfen und Unterstützung bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder sind Kernpunkte dieses Programms. Neben der Unterstützung bestehender Firmen werden die Liberalen mit einem breitangelegten Existenzgründerprogramm jene unterstützen, die durch ihr Engagement neue Betriebe oder eine neue Existenz gründen wollen.

Die nach dem Strukturbruch herausgebildeten Betriebe benötigen gezielte Unterstützung bei der Umorientierung von bisher regionalen Absatzmärkten auf überregionale Absatzmärkte.

Durch die teilweise äußerst schlechte Zahlungsmoral privater und öffentlicher Auftraggeber werden viele mittelständische Unternehmen in ihrer Existenz bedroht. Die F.D.P. wird konsequent im staatlichen Sektor eine fristgerechte Zahlung durchsetzen. Der Mittelständler darf nicht als Kreditgeber der öffentlichen Haushalte mißbraucht werden. Mahn- und Vollstreckungsverfahren müssen beschleunigt und endlich zentrale Mahngerichte eingerichtet werden.

Es gilt, neue Ansätze in der Wirtschaftspolitik zu schaffen, um die Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Mittelstandes gezielt zu verbessern. Dazu gehören Instrumente zur Erschließung internationaler Märkte zur Erhöhung der Eigenkapitaldecke der Unternehmen, zum Abbau der Managementdefizite und eine Vereinfachung des Förderinstrumentariums.

Die in den ersten Jahren nach der Wende großzügig geförderten Großprojekte bedürfen einer besseren Vernetzung mit dem heimischen Mittelstand.

#### Mehr Chancen für Frauen, mehr Arbeitsplätze

Die Frauenpolitik der rot-grünen Minderheitsregierung ist gescheitert. Der Anteil weiblicher Arbeitsloser ist deutlich höher als der der männlichen. Quoten und Auflagen für Firmen durch das Frauenförderungsgesetz verwirken die Chance auf tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen und verhindern Arbeitsplätze.

Die Liberalen schaffen Gleichstellung durch Abbau von Benachteiligungen und gezielte Unterstützung, aber ohne Quote.

Besondere Bedeutung hat die Förderung von Existenzgründerinnen. Existenzgründerinnen erhalten durch ein Existenzgründerprogramm Hilfe zur Selbsthilfe. Erschwernisse für den Einstieg von jungen Frauen in das Berufsleben durch Zurückhaltung der Unternehmen bei der Einstellung aufgründ

geschlechtsbedingter Unwägbarkeiten (Ausfall durch Schwangerschaft) werden durch staatliche Abfederung dieser Risiken abgebaut.

Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesichert und verbessert werden.

Die Kinderbetreuung durch Horte und Kindertagesstätten wird vom Staat unterstützt, wobei allerdings starre Vorschriften zugunsten neuer, kreativer Modelle fallen müssen.

Flexible Arbeitszeitmodelle und dezentrale Unternehmensstrukturen (z.B. Teleworking zu Hause) zur besseren Koordinierung von Beruf und Kindererziehung müssen durch staatliche Maßnahmen unterstützt werden. Die Trennung von Arbeitseinkommen und Rentenzahlung durch eine steuerfinanzierte Grundrente kann den Einstieg in Arbeitsplätze mit geringerer Stundenzahl bringen, ohne die Beschäftigten der Gefahr der Altersarmut auszusetzen.

### Kein Wirtschaftswachstum ohne heimische Industrie

Voraussetzung für einen Aufschwung und neue industrielle Arbeitsplätze ist die Stabilisierung und Konsolidierung der heimischen Industrie durch Innovation. Deshalb gilt es, z.B. den umweltverträglichen Um- und Neuaufbau der chemischen Industrie mit neuen, attraktiven Produkten, besseren Technologien und maßgeschneiderten Ressourcen weiterhin massiv zu unterstützen. Dabei geht es insbesondere auch darum, den Versuch zu unternehmen, das vorhandene wissenschaftliche Potential des Landes aus den Sparten Chemie und Umweltschutz zu einer Symbiose zu führen, wobei die Chlorchemie eine bedeutende Rolle spielen sollte.

Notwendig ist aber auch eine deutliche Verbesserung des Investitionsklimas in Sachsen-Anhalt, um wie in den ersten Jahren nach der Wende - wieder verstärkt Ansiedlungen von Industriebetrieben durchführen zu können. Nur durch weitere Ansiedlungen wird es gelingen, das Defizit Sachsen-Anhalts bei Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe und in der Industrie schrittweise abzubauen.

Schließlich gilt es, auch seitens des Landes weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Außenhandelsaktivitäten der heimischen Wirtschaft zum Erfolg zu führen. Im Rahmen der Globalisierung der Märkte bedarf es unbedingt der pünktlichen Einführung eines stabilen Euro, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern.

Die F.D.P. wird eine Vereinfachung des Fördermittelzuwendungsrechts, mehr Klarheit im Fördermittel- Bewilligungsverfahren und rechtzeitige Ausreichung der Mittel, um Planungs- und Qualitätssicherheit bei Investitionen garantieren zu können, durchsetzen.

### Innovation als Zukunftschance

Der weitere wirtschaftliche Aufbau Sachsen-Anhalts erfordert mehr denn je gezielte Innovationspolitik, denn vor allem neue Technologien sichern die Zukunft des Industriestandortes Sachsen-Anhalt. Hierzu gehört eine Innovationspolitik, die Neuerungen zum "Muß" eines Unternehmens macht. Dazu müssen neue Technologien etabliert und nicht verteufelt werden. Nur eine moderne Wirtschaft ist Garant für Leistungsfähigkeit und neue Arbeitsplätze.

Die Entwicklung neuer Verfahren und Produkte in Hochschule, Industrie und Gewerbe gehört zu den wichtigsten Aufgaben unseres Landes und muß deshalb massiv gefördert werden. Die Instrumentarien zur Stimulierung der Innovation in allen Bereichen der sachsen-anhaltischen Wirtschaft müssen verbessert werden. Es muß für Unternehmen noch attraktiver sein, neue Produkte und Verfahren zu entwickeln. Dabei dürfen so wichtige wissenschaftliche Bereiche wie die Gentechnologie und neue Verkehrstechnologien (Transrapid) nicht ausgeschlossen werden.

Die Abstimmung zwischen den Verwaltungsbereichen (den Ministerien und den Aufsichtsbehörden), die sich mit Wirtschaftsförderung, Technologie und Wissenschaft "beschäftigen", ist zu verbessern. Ziel muß es sein, das Innovationspotential des Landes zu vergrößern.

Biotechnologie und Pflanzenzüchtung sind wichtige wirtschaftliche Zukunftsbereiche für Sachsen-Anhalt. Durch eine wesentliche Verstärkung des Auf- und Ausbaus einer Pflanzenbiotechnologie in Sachsen-Anhalt will die F.D.P. die "verschütteten" Kenntnisse der hier bodenständigen Pflanzenzüchtung wieder ausgraben und gleichzeitig innovative Ideen auf diesem Gebiet weiter ankurbeln. Von Osterburg bis Zeitz, von Schierke bis Jessen werden Möglichkeiten gesehen, die Flächen des Landes mit neuen Technologien, Produktionen und Kulturen so zu gestalten, daß neue innovative Arbeitsplätze entstehen, die auch einen großen Beitrag zum Umweltschutz leisten werden. Das Biotechnologieprogramm für unser Land hängt nicht nur von Fördermitteln, sondern in erster Linie von Ideen und der Risikobereitschaft der dafür Verantwortlichen ab.

Ohne die Nutzung der Gentechnik kann das internationale Entwicklungstempo auf diesem Gebiet nicht gehalten werden. Wir werden die Anwendung dieser Verfahren in der Forschung und der Produktion sichern. Dazu gehören insbesondere auch Maßnahmen zur Verbreitung von Kenntnissen, die zu einer Verbesserung der Akzeptanz der Gentechnik in der Bevölkerung beitragen. Die Anwendung der Gentechnik in Forschungs- und gewerblichen Anlagen darf nur erfolgen, wenn die Sicherheitsmaßnahmen eingehalten und eine unkontrollierte Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen durch entsprechende Maßnahmen ausgeschlossen werden.

#### Energiepolitik als Schlüssel zum industriellen Aufschwung

Wir brauchen im "EnergieLand Sachsen-Anhalt" einen Energiemix unter besonderer Berücksichtigung der Braunkohle und ein Offenhalten der Option für eine weitere Nutzung der Kernenergie.

Die Ergänzung fossiler Energieträger durch wirtschaftliche erneuerbare bzw. alternative Energien ist ein Gebot der Stunde.

Die Ablehnung aller wirtschaftlich vernünftigen und ökologisch akzeptablen Arten, Elektroenergie und Wärme zu erzeugen durch die Grünen, führt bundesweit und gerade in Sachsen-Anhalt in eine Sackgasse, an deren Ende massiver Arbeitsplatzverlust steht. Für den wirtschaftlichen Aufschwung bedarf es günstiger Energiepreise und guter Verfügbarkeit.

#### Begrenzung der Landesaufgaben

Der wirkungsvollste Beitrag zur Reduzierung der Bürokratie in Sachsen-Anhalt ist die Begrenzung und Zurückführung der Aufgaben der Landesverwaltung.

Deshalb fordert die F.D.P. eine Überprüfung des gesamten Landesrechtes auf die Entbehrlichkeit von Vorschriften. Dabei sind die vorhandenen Gesetze wie die Landesbauordnung, das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr, die Umweltgesetze und das Kinderbetreuungsgesetz vor allem auch von Vorgaben für die Aufgabendurchführung zu entfrachten, damit die Verantwortlichen vor Ort bei der bürgerfreundlichen Anwendung der Gesetze vermehrt Freiräume für Eigenverantwortung zur Verfügung haben.

Notwendig ist der Verzicht auf verwaltungsausweitende Gesetze, Verordnungen und Erlasse; bei den Gesetzen z.B. Verzicht auf die Novelle zum Frauenförderungsgesetz und das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst. Neue Gesetze über Subventionen, Förderungen und Leistungen aus dem Landeshaushalt erhalten ein "Verfallsdatum". Beteiligungen des Landes an privaten Unternehmen, z.B. an Versicherungen sowie der Landesbank, sind in privates Eigentum zu überführen.



Angesichts der hemmungslosen Schuldenpolitik der rot-grünen Landesregierung ist die verfassungsrechtliche Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme auf die Finanzierung von Investitionen unabdingbar. Investitionen sind Vorleistungen für die Zukunft. Deshalb ist es vertretbar, diese nötigenfalls über Kredite zu finanzieren. Alle durch die Landesverfassung bislang erlaubten Kreditfinanzierungen laufender Ausgaben, die zwangsläufig zu einer ausufernden Verwaltungstätigkeit führen, müssen demgegenüber durch eine Verfassungsänderung ausgeschlossen werden. Aktuelle Finanzprobleme dürfen nicht zu Lasten zukünftiger Generationen gelöst werden. Die einschlägigen Vorschriften des Landes sind so zu verändern, daß der Wirtschaftstätigkeit des Landes engere Grenzen gesetzt werden und die Privatisierung vorangetrieben wird.

Sinnvoll ist die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, soweit dadurch der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt und mindestens ebenso wirtschaftlich wie bei der öffentlichen Wahrnehmung gearbeitet wird.

Die öffentlichen Haushalte können auch dadurch entlastet werden, daß öffentliche Aufgaben, z.B. bei Investitionen im Bildungsbereich, etwa bei Schulen und Hochschulen, auch durch private, öffentlich anerkannte und geförderte Einrichtungen wahrgenommen werden. Wissenschaftliche und gutachterliche Tätigkeiten sind verstärkt zu privatisieren (z.B. Vermessungs- und Umweltaufgaben, technische und medizinische Dienste).

Wer dem Staat und den Kommunen immer mehr Aufgaben aufbürdet, nimmt Steuererhöhungen und Verschuldung zur Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgaben in Kauf. Wer Steuern und Verschuldung abbauen will, muß Staat und Kommunen von Aufgaben entlasten und eine effiziente Verwaltungsstruktur schaffen. Die Landesgesetze sind unter dem Aspekt zu durchforsten, was noch zeitgemäß ist. Nach dieser Bestandsaufnahme ist eine Reform der Verwaltung einschließlich der spürbaren Reduzierung der Vollzeitstellen durchzuführen sowie eine konsequente Privatisierung von Landeseinrichtungen vorzunehmen. Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen ist zu Lasten der Vollzeitzeitarbeitsplätze konsequent zu erhöhen.

Die F.D.P. wird die Zahl der Ministerien auf folgende 7 reduzieren:

Wirtschaftsministerium	Jugend- und Sozialministerium
Umwelt- und Landwirtschaftsministerium	Kultusministerium
Innenministerium	Finanzministerium
Justizministerium	

Eine weitgehende Abschaffung der Sonderbehörden des Landes zugunsten einer Aufgabenbündelung auf der Ebene der Stadt- und Landkreise und der Regierungspräsidien schafft nicht nur Klarheit beim Bürger und beschleunigt die Verwaltungswege sondern sorgt auch für dringend erforderliche Einsparungen.

Die öffentliche Verwaltung bedarf der Zusammenarbeit mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern. Sie kann weder alles mit eigenem Personal erledigen noch trifft sie immer den wirklichen Bedarf der Leistungsempfänger. Statt ausufernder öffentlicher Leistungen müssen Eigenleistungen in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen in öffentlich-privater Zusammenarbeit durch Private oder durch die Bürgerinnen und Bürger selbst erbracht werden.

Zur Finanzierung der vorgeschlagenen und weiteren Vorhaben ist der Haushalt zugunsten investiver Vorhaben umzuschichten, insbesondere sind alle Hinweise des Landesrechnungshofes auf Einsparmöglichkeiten, nicht nur zu beachten sondern auch umzusetzen. Jeder unnötige bürokratische Aufwand ist zu vermeiden. EU- und Bundeszuschüsse sind voll auszuschöpfen.

## **Sichere Arbeitsplätze in der Landwirtschaft**

Die Land- und Forstwirtschaft ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor insbesondere im ländlichen Raum.

Die Landwirtschaft stellt durch Erzeugung qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel entsprechend den Wünschen der Verbraucher die Ernährung der Bevölkerung sicher und befriedigt den Bedarf an heimischen Bio-Rohstoffen. Sie erbringt gleichzeitig Dienstleistungen für die gesamte Gesellschaft durch Pflege der Kulturlandschaft und durch Erhaltung wichtiger Biotope.

Die F.D.P. Sachsen-Anhalts unterstützt die Bauern im Lande auf dem Wege in eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft. Mit der Nahrungsmittelproduktion im Vordergrund, flankiert von Landschaftspflege und Anbau von nachwachsenden Rohstoffen, ist eine Perspektive in sozialer Sicherheit gegeben.

Die in der Landwirtschaft Beschäftigten müssen Einkommen erzielen können, die sich leistungsgerecht in das allgemeine Einkommensniveau einfügen. Wir bauen darauf, daß der Landwirt in den neuen Bundesländern sein wirtschaftliches Konzept nicht vordergründig auf Agrarsubventionen ausrichtet. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe müssen durch Marktorientierung und Steuerpolitik so gestellt werden, daß auf Agrarsubventionen immer mehr verzichtet werden kann.

Die Agrarpolitik der F.D.P. im Lande Sachsen-Anhalt ist darauf gerichtet, die Landwirte aller Eigentumsformen in ihrer unternehmerischen Selbständigkeit zu unterstützen, damit sie sich auf dem Agrarmarkt mit zunehmend europäischen Dimensionen etablieren und behaupten können. Nach wie vor treten wir ein für eine von der Gesellschaft akzeptierte Agrarpolitik, in der die Belange von Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden.

Die F.D.P. befürwortet langfristig eine Flächenprämie für Bewirtschaftung und Erhalt der Kulturlandschaft.

Ausuferungen des Naturschutzes zu Lasten der Landwirtschaft lehnen wir ab. Für zusätzliche Auflagen nach dem Bundesnaturschutzgesetz sind Ausgleichszahlungen zu leisten.

Die Milchmengenregulierung muß zunächst bis zum Jahr 2000 erhalten bleiben. Darüber hinausgehende strukturhemmende Liefermengenregulierungen, insbesondere bei Rindfleisch, Zucker und Getreide, müssen sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch auf nationaler oder regionaler Basis ab diesem Zeitpunkt neu überdacht werden.

Die F.D.P. Sachsen-Anhalts tritt für eine drastische Vereinfachung des staatlichen Verwaltungsaufwandes in der Landwirtschaft ein. Eine zweistufige Agrarverwaltung mit eigenständigem Landesministerium und den Ämtern für Landwirtschaft und Flurneuordnung (ALF) wird für ausreichend erachtet.

Langfristig (in einem Zeitraum von 10 Jahren) wird der Aufbau von Landwirtschaftskammern im Lande befürwortet, die von der Landwirtschaft selbst zu unterhalten sind.

Die F.D.P. Sachsen-Anhalts hält im Kern an der Bodenreform 1945-1949 fest.

Bei Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes dürfen keine Zweifel bei denen aufkommen, die ehemaliges Bodenreformland bewirtschaften. Ihr gutgläubiger Erwerb hat Bestand. Die Alteigentümer sollen jedoch von dem noch im Staatsbesitz befindlichen Bodenreformland bis zu 100 ha Ackerfläche oder Wald zu ganz besonderen Konditionen (symbolischer Preis) zurückerhalten, wenn sie es selbst bewirtschaften. Die F.D.P. tritt nicht für Privateigentum in der Hand des Staates, sondern für das Eigentum Privater ein, weil nur so eine wirtschaftliche Basis für Freiheit und Selbstentfaltung möglich ist.

Wir setzen uns mit Nachdruck für eine artgerechte Tierhaltung und eine ebensolche Fütterung ein.

Im Zusammenhang mit dem Auftreten von Rinderwahnsinn (BSE) in Europa fordern wir ein noch engmaschigeres Kontrollsystem für Produkte tierischer Herkunft im Lande Sachsen-Anhalt, insbesondere für Rinder und daraus hergestellte Nahrungsmittel. Eigenproduktion, Verarbeitung und kompetente Kontrolle sichern Arbeitsplätze und den bestmöglichen Schutz der Verbraucher.

## **Mehr Arbeitsplätze durch eine moderne Umweltpolitik**

Eine intakte Umwelt ist entscheidende Voraussetzung für das Wohlbefinden und den Fortbestand der Menschen und des Lebens auf der Erde insgesamt. Die Möglichkeit des vernünftigen Wirtschaftens ohne Lebenswertverlust muß erhalten bleiben. Die Umweltpolitik ist somit Gestaltungspolitik. Sie legt Maßnahmen fest, um die Art und Weise, wie Menschen die Umwelt nutzen, zu beeinflussen.

Es geht um das Verhältnis zwischen Schutz und Nutzung der Umwelt. Darin unterscheidet sich die Umweltpolitik der F.D.P. von der gegenwärtig herrschenden. Eine Verharmlosung uneingeschränkter Ressourcenverbrauchs und Artenverlustes helfen ebensowenig wie Panikmache, Endzeitgrusel und Öko-Aktivismus, die Zukunftsaufgaben zu lösen.

Die Rot-Grüne Umweltpolitik des Landes mit ihrer ideologisch einseitig ausgerichteten Schutzstrategie, mit einem Übermaß an Verordnungen, Auflagen und Verboten, mit rein aus Prestige Gründen motivierten Gesetzesnovellen im Abfall- und Naturschutzrecht gestaltet nicht den Schutz und die Nutzung der Umwelt, sondern verhindert vernünftiges Wirtschaften, vernichtet Arbeitsplätze und schadet dem Land. Die Liberalen werden staatliche Monopolstellungen des Landes, wie beispielsweise die Andienungsstelle für besonders überwachungsbedürftige Abfälle, auflösen.

Die Liberalen sind für eine berechenbare Umweltpolitik mit einer angemessenen und durchschaubaren Umweltgesetzgebung, die verstärkt mit marktwirtschaftlichen Instrumenten des Umweltschutzes gekoppelt werden muß. Die F.D.P. plädiert für eine engere Zusammenarbeit mit und für eine stärkere Eigenverantwortung der Wirtschaft im Umweltschutzbereich.

Das ordnungsrechtliche Instrumentarium der Umweltpolitik - Gesetze und Verordnungen mit Geboten und Verboten - muß zugunsten marktwirtschaftlicher Instrumentarien - freiwillige Selbstverpflichtungen, Steuern und Zertifikate- abgebaut werden. Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten können Umweltziele breitwirkend, innovativ und kostengünstiger angesteuert werden, und die Deregulierung des Umweltrechts kann verstärkt vorangetrieben werden.

Die freiwillige Teilnahme von Unternehmen am Öko-Audit muß mit Entlastungen in der Berichtspflicht und bei Genehmigungsverfahren ihren Niederschlag finden.

Rot-Grüne Umweltpolitik in Sachsen-Anhalt zeichnet sich durch Alleingänge aus, berücksichtigt nur unzureichend andere Ressortinteressen und unabhängige Fachgutachten, macht an der Landesgrenze halt und betrachtet jede Wirtschaftsaktivität von vornherein als umweltgefährdend. Sie wirkt damit investitionshemmend, verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze und schadet somit dem Land. Die F.D.P. tritt für neue Wege in der Umweltpolitik ein. Sie betrachtet die Umweltpolitik nicht isoliert und plädiert für länderübergreifende Schutz-Nutzungskonzeptionen, die Synergien zwischen Umweltschutz und effektivem Wirtschaften nutzt.

Die F.D.P. wird für Sachsen-Anhalt ein zukunftsweisendes Umweltforschungs- und Technologieprogramm umsetzen, aus dem heraus sich Strategien und Konzepte für eine Ressourcenschonung, für den Erhalt der ökologischen Tragfähigkeit und interdisziplinäre ökosystemnahe Betrachtungen ableiten lassen.

Im Bereich der technischen Umweltforschung und Technologieentwicklung gibt es nach wie vor einen großen Bedarf an Techniken, die die Schädigungen an der Quelle beseitigen bzw. integriert sind, so daß keine Belastungen mehr auftreten.

Zur realen Vergleichbarkeit und Einschätzung der Umweltsituation bedarf es der Entwicklung von Grenzwerten, die aus dem Verständnis der Zusammenhänge, aus neuen Techniken und Forschungsergebnissen heraus unsere Umwelt auf Dauer schützen.

Die F.D.P. bekennt sich zu einer modernen, zukunftsorientierten ökologischen Marktwirtschaft.

Nur auf diesem Weg kann Umweltpolitik effektiv gestaltet werden, nur so kann es gelingen, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, welches zu mehr Arbeitsplätzen führt.

#### Naturschutz/Landnutzung

Naturverbrauch über das Verantwortbare hinaus vernichtet Lebensqualität.

Nur eine gesunde Natur und humane Umwelt erlauben dem Menschen, seine Persönlichkeit zu entfalten. Deshalb darf der Umwelt- und Naturschutz nicht einer "elitären Gruppe" überlassen werden, die uns Menschen ausschließlich nach Naturschützern und Naturnutzern katalogisiert und das Allheilmittel in der Ausweisung von Schutzgebieten sieht.

Damit dies nicht passiert, steht die F.D.P. für neue Leitbilder und konzeptionelle Vorstellungen sowie eine veränderte Strategie im Naturschutz, denn die Natur benötigt kleinteilige Vielfalt statt großflächiger Einfalt. Es bedarf eines dynamischen Naturschutzes auf der ganzen Fläche, der auf Nutzungs- und Produktionskonzepte mit marktwirtschaftlichen Mitteln setzt, die Naturschutzpotentiale der Siedlungen, Industriestandorte usw. mit einbezieht und zur Freisetzung von Innovationen führt.

In Schutzgebieten, in denen landwirtschaftliche und/oder touristische Nutzungen erfolgen, müssen die Naturschutz-, die Agrar-, und die Tourismusplanung als abgestimmtes gemeinsames Konzept entwickelt werden. Der überwiegende Teil der Schutzgebiete unseres Landes weist Kulturlandschaftscharakter auf. Die Ökoradikalen der Landesregierung strafen diese Gebiete mit Ausschluß von land- und anderen wirtschaftlichen Nutzungen. Pflegemaßnahmen müssen teuer subventioniert werden (Drömling, Colbitz-Letzlinger Heide). Die F.D.P. plädiert hier für die Erarbeitung angepaßter Schutz-Nutzungs-Konzepte, um einen langfristigen Schutz durch Erhalt der bisherigen Nutzung zu sichern.

Künftige EU-Ausgleichszahlungen sind nicht für überflüssige, landwirtschaftliche Produktion, sondern prinzipiell für ökologische Leistungen zu zahlen. Der ländlichen Raum ist als jahrhundertealte Kulturlandschaft zu erhalten und in seiner Infrastruktur speziell zu fördern, denn er ist für die Hälfte unserer Bevölkerung Wohnumwelt und bietet der gesamten Bevölkerung notwendige Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten.

In Übereinstimmung mit allen Naturschutz- und landespflegerischen Maßnahmen werden wir einen sanften Tourismus als Bindeglied zwischen Ökologie und Ökonomie in dieser Kulturlandschaft entwickeln, der sich nicht auf Golfplätze und Spaßbäder kapriziert.

Der Naturschutz wird unter der derzeitigen Landespolitik immer mehr zu einem Hemmnis einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung, weil nie die gesamte Fläche, sondern immer nur hervorgehobene Bereiche betrachtet werden.

Mit einem grün-doktrinären Naturschutz und ständiger Unterschutzstellung großer Landesflächen sind aber unsere Programme nicht zu realisieren. Betrachtet man aber die ganze Fläche, das Roggenfeld in der Börde genauso wie die Elbauen, dann sind Naturschutz und Wirtschaft wesentlich besser in Einklang zu bringen und besser an die Klimaproblematik und den Naturschutz anpaßbar, als das derzeit der Fall ist.

Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen, daß durch eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes in konsequenter Verknüpfung mit einer modernen Agrar- und Forstpolitik die Biosphäre in die Betrachtungen zum Klimaschutz wesentlich stärker als bisher einbezogen wird.

## Wasser/Abfall/Boden

Die Wasserversorgung sowie die Abwasser- und Abfallentsorgung unterliegen aufgrund anhaltender Gebührensteigerungen einer besonderen Sensibilität. Um die Gebührenentwicklung zu begrenzen, den notwendigen Umweltauforderungen gerecht zu werden und die Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen in diesem Bereich zu stärken, fordert die F.D.P. die Reduktion der staatlichen Reglementierungen auf Landesebene im Trinkwasser-, Abwasser- und Abfallbereich, die den kommunalen Gestaltungsspielraum weiter einschränken und zu zusätzlichen Belastungen in der Bevölkerung und der Wirtschaft führen.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften brauchen mehr Handlungsspielraum bei der Planung der regionalen Entsorgungsgebiete in einem zwischen Kommunen und Behörden abgestimmten Rahmenkonzept. Dabei ist die Nutzung von ökologisch und ökonomisch sinnvollen länderübergreifenden Entsorgungsmöglichkeiten auch im Siedlungsabfallbereich vorzusehen.

Wir fordern die Verabschiedung von der Quotierungsmentalität im Abfallverwertungsbereich und Gleichbehandlung von werkstofflichen, rohstofflichen und energetischen Verwertungsmöglichkeiten. Maßstab können nur die ökonomischen und ökologischen Kennziffern sein.

Im gesamten Abfallbereich muß das Verursacherprinzip und die Produktverantwortung zur Stärkung der Lenkungswirkungen mehr zum Tragen kommen.

Aufgeschlossenheit gegenüber allen neuen Verwertungs- und Entsorgungstechnologien, aber auch ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der thermischen Behandlung des Siedlungsrestmülls, gehören zu einer vernünftigen Abfallpolitik.

Privatisierungsmöglichkeiten zur effektiveren Gestaltung der Abwasser- und Abfallentsorgung müssen genutzt werden, und die steuerliche Gleichsetzung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Organisationsformen ist zu schaffen.

Die Beschleunigung der Verfahren zur Altlastenfreistellung und Ausrichtung der Sanierungsanforderungen an den Nachnutzungen zur Schaffung von Investitionssicherheiten, Erstellung von schlüssigen Managementprojekten in der Altlastensanierung durch unkonventionelle Zusammenarbeit von Behörden und Projektträgern und Verabschiedung einer praktikablen Freistellungsverwaltungsvorschrift sind ein Gebot der Stunde.

Neue Arbeitsplätze sieht die F.D.P. insbesondere im Altlastenbereich, wenn endlich mit der Sanierung begonnen und der Streit um die Finanzierung schnellstens beigelegt wird.

Die F.D.P. schließt die Schaffung neuer Altlasten, wie unter Rot-Grün im Mansfelder Land geschehen, aus. Sie wird sich immer für die Gefährdungsbeseitigung einsetzen und nicht neue Altlasten schaffen.

## **Bildung und Ausbildung - Investitionen für mehr Arbeitsplätze**

Die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt ist gekennzeichnet durch immense Arbeitslosenzahlen, mehr Konkurse als je zuvor und fehlende Konzepte in der Landespolitik.

Technisch-wissenschaftliche und zugleich umweltorientierte Innovationen von heute schaffen die Chancen für die nächste Generation. Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik muß ein positives Verständnis von Naturwissenschaften und Technik vermitteln. Die Förderung von Talenten auf dem Gebiet der Forschung und Technologie ist eine Zukunftsinvestition. Eine kreative und auf den Markt orientierte Vielfalt ist notwendig und setzt entsprechende politische und materielle Bedingungen voraus.

Bildungspolitik muß außer Schulen und Hochschulen das gesamte Bildungssystem einschließlich der beruflichen Bildung umfassen. Den praktischen Berufen kommt ein hoher Stellenwert zu. Die Berufsbildung erfordert deshalb eine breit angelegte Anerkennungs- und Qualifizierungsoffensive.

Wir brauchen Menschen mit dem Willen zur Selbständigkeit, mit Eigeninitiative und Verantwortung. Bildung muß dem Menschen Verständnis für die Vielfalt der Menschheit und ihrer Kulturen vermitteln und ihn befähigen, in einer immer enger zusammenwachsenden Welt international zu denken und zu handeln.

Effizientes, kinderfreundliches und gerechtes Bildungssystem

Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft. Wir brauchen ein gegliedertes Schulsystem. Darüber hinaus gehören neben Gesamtschulen auch Schulen in freier Trägerschaft zur Bereicherung der Schullandschaft. Ihre Anzahl sollte sich am Bedarf orientieren.

Ziel muß es in jedem Falle sein, dem jungen Menschen ein, seinen Begabungen und Neigungen optimal gerecht werdendes, effizientes Schul- und Hochschulangebot zu unterbreiten. Wir brauchen Orientierungshilfen für Eltern und Schüler in den verschiedenen Schularten und Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulangeboten. Gleichmacherei in der Schule behindert die Entwicklung von Kindern und schafft Mittelmäßigkeit.

Die jetzt gültigen Abschlüsse (wie Haupt- und Realschulabschlüsse) müssen auch in Zukunft möglich sein. Dies gilt auch für ein allgemein anerkanntes Abitur nach 12 Schuljahren.

Die Einführung der Förderstufe ist eine voreilige, unter ideologischem Druck entstandene Maßnahme mit unübersehbaren Folgen für die Lern- und Leistungsentwicklung der Schüler.

Die Förderstufe verkommt zur Massenbeschulung. Die individuellen Begabungen und Fähigkeiten werden nicht ausreichend entwickelt.

Die F.D.P. tritt für die Vielfalt eines schulischen Bildungsangebotes ein, das den unterschiedlichen Bildungsansprüchen der Gesellschaft gerecht wird.

Wer sich gegen die Hauptschule ausspricht, muß sagen, wo die betroffenen Schüler eine schulische Heimat und Geborgenheit finden und besondere pädagogische Zuwendung erfahren sollen. Ihr Verschwinden in der Anonymität in einer Gesamtschule kann nicht die Lösung sein.

Die Liberalen sprechen sich gegen eine überzogene Sparpolitik im Bildungsbereich aus. An Schule sparen heißt an Bildung sparen und die Bewältigung der Zukunft in Frage zu stellen. Pädagogische Verschlechterungen, wie Zusammenlegung mehrerer Schuljahrgänge in einem Klassenverband u.v.a.m., bedeuten einen Rückschritt in längst vergangene Zeiten.

Die F.D.P. wendet sich gegen jede Verlängerung der Schulzeit. Das trifft sowohl für eine offene oder verdeckte Verlängerung der Primarschulzeit zu Lasten der Sekundarschule als auch für eine

Verlängerung der gymnasialen Schulzeit zu. Unsere Position heißt klar und deutlich: Sekundarschule und Gymnasien ab Klasse 5 und Abitur mit 12 Schuljahren.

Wir treten für einen breiten gesellschaftlichen Konsens bei schulischen Veränderungen ein und wenden uns gegen einen kurzschrittigen und populistischen Aktionismus, der ausschließlich in bildungspolitischer Parteiprofilierung begründet ist. Die ständige Verunsicherung einer Schülergeneration bei Regierungswechseln muß ein Ende haben.

### Berufliche Bildung

Das Recht auf Bildung schließt das Recht auf berufliche Bildung ein. Berufliche Bildung dient individuellen Interessen gleichermaßen wie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen. Sie ist einer der wichtigsten Faktoren für die Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt.

Das Ziel der F.D.P. ist es, jedem Jugendlichen, der dies wünscht, ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten.

Die F.D.P. hält dabei am bewährten dualen System der beruflichen Bildung fest. Die Ausbildungsförderung muß betriebsnäher und arbeitsmarktgerechter werden. Eine klare Absage erteilt die F.D.P. einer Ausbildungsplatzabgabe. Sie wird dem Ziel eines ausreichenden Ausbildungsangebotes nicht gerecht. Eine Ausbildungsplatzabgabe führt zu neuen, zusätzlichen Belastungen für die Betriebe, die diese Umlage zahlen müßten.

Die Berufsschule muß wieder stärker zum Partner von Betrieben gemacht werden. Die Ausbildung ist flexibler zu gestalten, und die Ausbildungszeit in den Betrieben muß durch Flexibilisierung des Berufsschulunterrichts erhöht werden. Ein starrer zweiter Berufsschultag behindert die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben.

Eine stärkere Differenzierung der Berufsausbildung ist erforderlich, um jungen Menschen eine Chance zu geben, die bisher durch hohe theoretische Anforderungen von der Berufsausbildung ausgeschlossen waren. Für diese Jugendlichen kann eine gestufte Ausbildung mit einer Zwischenprüfung zum Nachweis der praktischen Berufsfähigkeit einen ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Mit Hilfe von Modellversuchen ist dieser Bereich weiterzuentwickeln, nicht zuletzt durch neue Berufsbilder und Ausbildungsordnung.

Leistungsstarken jungen Menschen sind innerhalb des dualen Systems vermehrt attraktive Alternativen zum Hochschulstudium anzubieten, z.B. in Form von Berufsakademien oder des Erwerbs anspruchsvoller Zusatzqualifikationen wie der des Betriebsassistenten im Handwerk.

Berufs- und allgemeinbildende Abschlüsse sind gleichzustellen, beispielsweise ein Gesellenbrief der mittleren Reife oder ein Meisterbrief der Hochschulreife.

### Hochschulpolitik

Die F.D.P. Sachsen-Anhalts fordert die Einführung einer leistungsabhängigen Hochschulfinanzierung. Staatliche Finanzierung der Hochschulen und hochschulinterne Ressourcenverteilung erfolgt nach Maßgabe der in Lehre und Forschung sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbrachten Leistungen. Damit einher geht die Flexibilisierung der Hochschulhaushalte. Die bisherige haushaltsrechtliche Detailsteuerung durch den Staat muß zurückgenommen werden. Die Leitung der



Hochschule trägt die Verantwortung für die Aufstellung des Haushaltsvoranschlages und die hochschulinterne Mittelverteilung.

Die gesamte Struktur der Hochschulen, insbesondere im Personalbereich, muß wettbewerbs- und leistungsorientierter werden. Dazu gehört die Einführung einer Evaluation von Lehre und Forschung. Wir werden eine weitgehende Personalautonomie der Hochschulen durchsetzen. Hier kann modellhaft die Einführung eines Hochschulrates (Board) erprobt werden.

Bestandteil einer Neuorientierung der Hochschulen sind für die F.D.P. auch die Berufung von Professoren auf Zeit, Leistungsanreize für Professoren für ein besonderes Engagement in Lehre, Weiterbildung und Drittmittelforschung und die Förderung der Mobilität des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Einstellungs Voraussetzungen von Professoren sollen flexibler werden.

Wir wollen die Abschaffung des numerus clausus und die Autonomie der Hochschulen bei der Auswahl der Studienbewerber. Mit dieser Auswahl muß auch eine Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte ohne herkömmliche Hochschulzugangsberechtigung erfolgen.

Das Studium an deutschen Hochschulen muß stärker an den Studenten orientiert werden, die das klare Ziel des erfolgreichen Studienabschlusses haben. Regelmäßige Leistungsnachweise und Zwischenprüfungen spätestens im 4. Semester als frühzeitige Indikatoren für Studierende über ihre Eignung und Erfolgsaussicht sind ein Baustein.

Eine Stärkung der Fachhochschulen, insbesondere durch Erweiterung des Fächerspektrums, ergänzt das Angebot an den Studierenden. Maßstab ist dafür die Intensität des Praxisbezugs in Lehre und Forschung.

Wir werden die studienorganisatorischen und materiell-technischen Voraussetzungen für die Einhaltung der Regelstudienzeiten schaffen. Die Verantwortung der Hochschullehrer für die Lehre und Ausbildung muß in hinreichendem Maße gesichert werden (u.a. Präsenz an den Hochschulen). Eine studenten- und ausbildungsfreundliche Lehrkörperstruktur, in der der akademische Mittelbau hinreichend Berücksichtigung findet, gehört für die F.D.P. ebenso dazu wie eine Modernisierung der Studien- und Ausbildungsprofile (z.B. integriertes Eingangssemester in der Lehrerausbildung).

Die F.D.P. Sachsen-Anhalts fordert auch weiterhin ein gebührenfreies Studium an den Universitäten und Hochschulen unseres Landes innerhalb der Regelstudienzeit.

Das Land muß sich in Zukunft mehr als bisher beim Ausbau leistungsfähiger weiterführender Bildungseinrichtungen, insbesondere der Hochschulen, engagieren und neue Finanzierungsformen wie Leasing- und Mietmodelle akzeptieren.

## **Mehr Sicherheit - ein besseres Klima für mehr Arbeitsplätze**

### Grundrechtsschutz durch wirkungsvolle Kriminalitätsbekämpfung

Freiheit, körperliche Integrität und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger sind zunehmend auch durch eine ausufernde Kriminalität bedroht, die sich teilweise in internationalen Verbrechersyndikaten organisiert hat. Hier ist Aufgabe der Polizei und Justiz, die Menschen vor der akuten Gefährdung ihrer Grundrechte zu schützen und die innere Sicherheit mit den Mitteln des Rechtsstaates wirksam zu gewährleisten. Die Polizei muß deshalb in ihrer Ausrüstung modernisiert, verstärkt und auf eine bessere internationale Zusammenarbeit ausgerichtet sein. Die Justizverfahren müssen beschleunigt werden.

### Für eine moderne Polizei in Sachsen-Anhalt

Die Polizei muß sich zu einem modernen, bürgerorientierten Dienstleistungsunternehmen entwickeln, mit weniger Bürokratie, mehr Transparenz und Kostenverantwortung. In einer Demokratie hat die Polizei die Aufgabe, den inneren Frieden zu sichern und die Gesellschaft vor Gewalt und jedweder Art von Kriminalität zu schützen.

Internationale Erfahrungen bei der Kriminalitätsbekämpfung belegen, daß die wirkungsvolle Bekämpfung der Kleinkriminalität Auswirkungen auf alle Formen der Kriminalität hat. Wenn Fassadenbeschmierer und Schwarzfahrer unbehelligt davonkommen, dann entsteht schnell der Eindruck, es gelte überhaupt kein Gesetz mehr.

Im Bereich Ordnung und Sicherheit, insbesondere bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz muß eine ausreichende personelle wie materielle Ausstattung gewährleistet werden. Für den polizeilichen Bereich bedeutet dies, daß die Zahl der Stellen um mindestens 300 angehoben werden muß. Die mobilen Einheiten sind bedarfsgerecht mit Fahrzeugen, PCs und moderner Kommunikationstechnik auszustatten.

Im Bereich des Verfassungsschutzes darf es keinen weiteren Stellenabbau mehr geben.

Die Harmonisierung der polizeilichen Kommunikationstechniken innerhalb der Bundesrepublik und der europäischen Nachbarstaaten ist durchzusetzen.

Das Sicherheitsgefühl des einzelnen Bürgers muß gefördert werden.

Die F.D.P. unterstützt grundsätzlich den Weg, mehr Präsenz der Polizei vor Ort zu schaffen. Allerdings darf dabei den Bürgern nicht suggeriert werden, daß nur der einzelne Beamte auf der Straße die Kriminalität wirksamer bekämpfen kann. Deshalb fordern wir die weitere Verstärkung der Präventions- und Aufklärungsarbeit und die Einrichtung der dafür notwendigen Kriminalkommissariate "Vorbeugung". Die F.D.P. tritt für den personellen Ausbau des Kontaktbeamtensystems ein! Dies vor allem in den Ballungszentren und in ausgesprochen ländlichen Gebieten. Fußstreifen und allgemein bekannte Punkte, an denen Polizeibeamte immer anzutreffen sind, müssen installiert werden. In den Bereichen Aufklärung und Prävention muß die Polizei dem Bürger umfassende Unterstützung geben. Dies geschieht nicht zuletzt für die Jugendlichen im schulischen und Berufsschulbereich.

Die Trennung der Ausbildung zwischen Schutz- und Kriminalpolizisten ist nach einer integrierten Grundausbildung wiederherzustellen.

Wir wollen eine kontinuierliche Beförderung nach Leistung, Qualifizierung und Schwere/Gefährlichkeit des Dienstes vornehmen.

Für Polizei beamte gibt es nur noch den gehobenen und höheren Dienst. Die ständige Einführung der zweigeteilten Laufbahn ist unser Ziel.

Aufgrund der zunehmenden Internationalisierung sind Milieu-, Sprach- und Kulturkenntnisse der Polizeibeamten notwendiger als vordem.

#### Verlagerung polizeifremder Aufgaben

Die Verlagerung typisch polizeilicher Aufgaben auf private Sicherheitsdienste lehnen wir ebenso ab wie den freiwilligen Polizeidienst. Hingegen ist die Polizei von solchen Aufgaben zu entlasten, die nicht originär zu ihren Zuständigkeiten gehören und von anderen z.B. privaten Organisationen übernommen werden können.

Es ist zu prüfen, inwieweit staatlich anerkannte Büros der Schadensversicherer, der TÜV und die DEKRA durch die Beleihung mit staatlichen Aufgaben Schritt für Schritt zur Sachschadensaufnahme herangezogen werden können. Die Polizei sollte zur Verkehrsunfallaufnahme nur noch bei Straftaten, Massenfällen, Personenschäden und Sachschäden von Bedeutung (bei öffentlichem Interesse) herangezogen werden. Die beliebigen Institutionen haben allerdings die Pflicht, im Falle von Sachverhalten, die Anhaltspunkte für eine Straftat bieten, die Polizei umgehend hinzuzuziehen, damit in solchen Fällen Tathergangsermittlung und Beweissicherung alleinige Aufgabe der Polizei bleiben.

Hingegen ist die Polizei von solchen Aufgaben zu entlasten, die nicht originär zu ihren Zuständigkeiten gehören und durch Verwaltungsbehörden und private Organisationen übernommen werden könnten.

Die Polizei kann nicht verpflichtet sein, bei jedem Bagatellfall für den Bürger kostenfrei zu handeln, z.B. bei Verkehrsunfällen mit geringem Sachschaden, geringfügiger Ruhestörung u.ä. Sachverhalten. Der Verursacher ist verstärkt für die Kosten heranzuziehen.

Die Strafe muß der Tat auf dem Fuße folgen.

In der Justiz ist das sog. "beschleunigte Verfahren" mit Vorrang einzusetzen. Nur eine Verurteilung so bald als möglich nach der Tat zeigt dem Rechtsverletzer die Grenzen, die ihm der Rechtsstaat setzt. Der Bundesgesetzgeber hat dafür die prozeßrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Es ist jetzt Sache der Landesjustiz, davon einen angemessenen Gebrauch zu machen.

Auch von der vom Bundestag beschlossenen Möglichkeit der Hauptverhandlungshaft soll die Justiz Sachsen-Anhalts Gebrauch machen. Dies bedeutet, daß z.B. gewalttätige Demonstranten in Zukunft mit sofortiger Verhaftung bis zur Verurteilung im beschleunigten Verfahren rechnen müssen.

Liegt die Voraussetzung für einen schnellen Täter-Opfer-Ausgleich vor, sollte es die Möglichkeit der Zuweisung an eine Schlichtungsstelle geben.

Der Schutz von Kindern hat Priorität.

Im Vollzug der Gesetzesnovelle des Bundes zur Verschärfung des Strafrechts bei sexuellem Mißbrauch und Mißhandlungen von Kindern müssen die Maßnahmen auf Seiten des Landes unverzüglich umgesetzt werden.

Das betrifft insbesondere die Verschärfung der Anforderungen bei den Entlassungen von Sexualstraftätern, die dauerhaft geschlossene Sicherungsverwahrung und das Bereitstellen von Therapieplätzen.

## **Kultur und Medien - Chance für mehr Arbeitsplätze**

Kultur und Sport als freiwillige Aufgaben der Kommune geraten leicht unter die Messer des Einsparrasenmähers, wenn das Land nicht bereit ist, auch einen Beitrag zu leisten. Die Verarmung des kulturellen und sportlichen Umfeldes wird meist zu spät bemerkt und ist nur mit ungleich größerem Einsatz rückgängig zu machen, als das Vorhandene zu erhalten und umzugestalten.

Deshalb ist es wichtig:

1. den Abbau des Niveauunterschiedes zwischen alten und neuen Bundesländern im Bereich des Zustandes, der Ausrüstung usw. der Sportstätten durchzusetzen
2. ein verbindliches Normativ - unter Berücksichtigung ökonomischer Möglichkeiten - in den Städten und Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung festzulegen
3. ein verbindliches Normativ der Mindestausstattung der Sportstätten in den neuen Bundesländern mit Sportanlagen und Sportgeräten festzulegen
4. eine ökonomisch vertretbare planmäßige Sanierung, Ausbau oder Erweiterung vorhandener Sportstätten in den neuen Bundesländern bis hin zum notwendigen Neubau einzufordern
5. vor allem solche Sportstätten in besonderem Maße finanziell zu fördern, die vor allem für den Jugend-, Behinderten- und Breitensport genutzt werden
6. in allen größeren Städten (kreisfreie Städte) und den Landkreisen Sportförderrichtlinien durch die Parlamente zu beschließen
7. die Betriebe im Territorium stärker in das Sponsoring von Jugend-, Behinderten- und Breitensport einzubeziehen
8. die Arbeit von Vereinen im Bereich Kultur und Sport besser zu koordinieren

Liberaler Kulturpolitik setzt neben staatlicher Förderung auf Sponsoren aus der Wirtschaft, private Mäzene, Fördervereine und Stiftungen.

Jede Mark zur Förderung sinnvoller Freizeitbetätigung bei Kindern und Jugendlichen ist tausendmal besser verwendet als für Polizei und Strafvollzug!

Der Breiten- und Spitzensport soll eine verlässliche finanzielle Unterstützung erhalten. Viel zu selten wird gerade der Sport als weicher Standortfaktor und wesentliches Marketinginstrument für die Region begriffen. Eine Förderung der Vereine muß sich mehr an der Leistung (z.B. Anzahl der trainierten Kinder und Jugendlichen) als an der Bedürftigkeit (z.B. drohender Konkurs infolge Mißmanagements) orientieren.

Mit einem Gesetz zur Förderung von Kunst und Kultur, das die Landesregierung z.B. zur regelmäßigen Berichterstattung verpflichtet und klare Beteiligungen des Landes festlegt, soll dem Kulturstorben Einhalt geboten werden. Dabei wird eine Liberalisierung des Zuwendungsrechtes der öffentlichen Hand mit stärkerer wirtschaftlicher Eigenverantwortung der Kultureinrichtungen angestrebt.

Im öffentlich-rechtlichen Kulturbereich muß eine Abkehr vom Beamtendenken erreicht werden. Noch zu oft werden Besitzstände verteidigt unter Inkaufnahme einer sinkenden Flexibilität und Kreativität.

Medienpolitik ist Politik für einen zukunftsfähigen Standort Sachsen-Anhalt. Die Chance des Übergangs von einer Region der Chemieindustrie und des Schwermaschinenbaus zu hervorragenden Dienstleistungsangeboten wird in den nächsten Jahren zu neuartiger Qualität und Dichte multimedialer Kommunikation führen. Dieser Bereich muß sich auch in Sachsen-Anhalt zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig entwickeln, denn er wird ein Schlüssel für den Gesamterfolg des deutschen Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt im angehenden 21. Jahrhundert. Die gewaltigen Möglichkeiten multimedialer Techniken überfordern heute noch viele Anwender. Durch gezielte Förderung erfolgversprechender Lösungen könnten bedarfsgerechte Nutzungskonzepte entwickelt werden, die helfen, die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen zu steigern und ihre Risiken zu minimieren.

Von der Schule bis in alle Ausbildungsebenen ist das Erlernen und der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu fördern. Die wie selbstverständliche Arbeit mit den neuen Medien sichert und schafft Arbeitsplätze mit Zukunft.

Durch die neuen lokalen Rundfunkanbieter erhält auch der örtliche Mittelstand Gelegenheit, sich zu präsentieren. Bürger aus der Region können besser informiert werden und informieren. Wir wollen dieses Netz der Lokalanbieter weiter ausbauen und so eine Quasi-Monopolisierung der Informationslandschaft aufbrechen.

Die Eigenerwirtschaftung der Mittel steht dabei in direkter Abhängigkeit mit der Bezuschussung durch das Land.

Für alle Einrichtungen, insbesondere für die kostenintensiven Theater, gilt das Leistungsprinzip. Für die Bevölkerung in den ländlich strukturierten Gebieten soll ein Landestheater die kulturelle Betreuung organisieren.

## **Soziale Leistungen für Bedürftige, bezahlbar durch mehr Arbeitsplätze**

### Gesundheit

Unsere Lebensqualität wird entscheidend von der Gesundheit bestimmt. Die Gesundheitspolitik hat daher für die F.D.P. einen hohen Stellenwert. Die Reform des Gesundheitswesens muß dem Ziel der bestmöglichen Versorgung der Patienten dienen.

Da die Kosten infolge der demographischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts weiter ansteigen werden, sind die Mittel der Gemeinschaft der Versicherten auf notwendige Leistungen zu begrenzen. Die Versicherten sind an weitergehenden Leistungen sozialverträglich zu beteiligen.

Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz sind erste Schritte in Richtung Wettbewerb gegeben. Die Gesundheitsreform sichert die Qualität und die medizinische Versorgung und verbessert den sozialen Schutz im Falle der Erkrankung.

Das Gesundheitswesen muß leistungsstark und finanzierbar bleiben. Dazu bedarf es einer Umstrukturierung der gesetzlichen Krankenversicherung hinsichtlich Finanzierung und intensivem Wettbewerb. Bedingung ist vor allem ein verantwortlicher Umgang der Krankenkassen mit den Arbeitgeber- und Versichertengeldern bei Vermeidung des Anstiegs des Arbeitgeberbeitrages. Die gesetzliche Krankenversicherung muß sich auf das medizinisch Notwendige konzentrieren. Die F.D.P. fordert die freie Wahlmöglichkeit des Bürgers für eine Krankenkasse entsprechend ihrem Leistungsangebot. Die Versicherten müssen über Art, Umfang und Kosten der für sie erbrachten Leistungen informiert werden. Gesundheitsförderung und Prävention gehören zum Leistungsangebot der Krankenkassen, wenn es die Versicherten wünschen und bereit sind, dafür zu zahlen.

Die Liberalen treten für die Abschaffung der Deckelung der Ausgaben für ärztliche Leistungen bei Schaffung von mehr Transparenz der Kosten für den Versicherten (Vermeidung von Unfalluntersuchungen und nicht erforderlicher Diagnostik) ein.

Zur Kostenminimierung und Effektivierung im Gesundheitswesen sehen die Liberalen folgende Möglichkeiten:

- Aufwertung der ambulant ärztlichen Tätigkeit mit höherem Angebot im Bereich des ambulanten Operierens
- Förderung von Gemeinschaftspraxen und Praxismgemeinschaften im Interesse der besseren fachärztlichen Versorgung und Einsparung von Wegezeiten
- Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Krankenhaus und ambulante Praxis bei stärkerer Vernetzung von ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten
- Mehr Mitspracherecht der Kassen und Leistungserbringer hinsichtlich Standortwahl bei Krankenhäusern und im Bereich der Krankenhausbettenplanung
- Vielfalt bei der Trägerschaft von Krankenhäusern bei Wahrung einer flächendeckenden Versorgung.

Für die Beschäftigten im Gesundheitswesen bedarf es einer verlässlichen Perspektive, denn ohne menschliche Zuwendung gibt es keine humane Gesundheitsversorgung.

Wir fordern, Selbsthilfegruppen mit finanziellen Mitteln und durch ärztlichen Rat verstärkt zu unterstützen.

## Drogenpolitik

Im Vordergrund der Suchtbekämpfung muß die Vermeidung des Einstieges in die Sucht stehen. Der Vorbeugung muß die erste Priorität gehören. Die F.D.P. fordert daher spezielle Programme für Kinder und Jugendliche, die sie widerstandsfähig gegen die Gefährdungen von Alkohol und Drogen machen.

Extasy muß als eindeutige und gefährliche Droge bekanntgemacht werden, um den Jugendlichen die Gefahr darzustellen.

Die F.D.P. setzt sich für eine sofortige und qualifizierte Behandlung im ambulanten und stationären Bereich ein. Wartezeiten für Therapiewillige darf es nicht mehr geben. Die Substitutionstherapie muß großzügiger gehandhabt werden.

Die Liberalen Sachsen-Anhalts wenden sich gegen die Freigabe von Drogen.

## Behinderte

Seit dem Machtantritt der rot-grünen Regierung 1994 hat sich in unserem Land die Situation an den Arbeitsplätzen für Behinderte deutlich verschlechtert.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß in unserer Gesellschaft jedem entsprechend seiner physischen und psychischen Leistungsfähigkeit Möglichkeit gegeben wird, aktiv an der Gestaltung unseres Bundeslandes teilzunehmen. In Wirtschaft und Verwaltung muß jede Möglichkeit genutzt werden, Behinderten einen Arbeitsplatz zu vermitteln.

Bei Bauplanungen in Städten und Gemeinden sind grundsätzlich die Bedürfnisse der Behinderten zu berücksichtigen.

Kulturelle, sportliche und politische Veranstaltungen müssen den Bedürfnissen Behinderter Rechnung tragen.

Integrative Erziehung sollte in Kindertagesstätten und Schulen flächendeckend angeboten werden.

## **Jugend braucht mehr Arbeitsplätze**

Zur Verwirklichung ihrer Ziele und Träume brauchen Jugendliche vor allem die Möglichkeit, eine Lehrstelle zu erhalten und eine Beschäftigung zu finden. Durch die einseitige Orientierung der Magdeburger Minderheitsregierung auf den zweiten Arbeitsmarkt werden keine neuen Ausbildungsplätze geschaffen.

Es ist derzeit sehr schwierig, in die Jugendpolitik mit großen landesweiten Maßnahmen einzugreifen. Dieses ist besser über individuelle, auf die Region abgestimmte, Maßnahmen möglich. Wichtigstes Ziel muß dabei sein, daß die heutige Jugend lernt, verantwortungsvoll und selbstbewußt mit ihrer Zukunft umzugehen. Das bedeutet auch, daß sie Dinge, die ihre Generation betreffen, aktiv mit beeinflussen kann. Zu den besonderen Aufgaben des Staates gehört es, auf die Sorgen und Nöte junger Menschen zu achten, insbesondere auch derer, die das Wahlalter noch nicht erreicht haben. Die Veränderungen der letzten Jahre, der schleichende Vertrauensverlust in das Staatswesen sowie Tendenzen, wie Radikalisierung, Orientierungslosigkeit, Gewaltbereitschaft und die Abkehr von demokratischen Werten, verlangen von der Gesellschaft neue Wege in der Jugendpolitik. Die Jugendlichen dürfen in dieser Situation nicht auf der Strecke bleiben, denn junge Menschen stellen die Zukunft unseres Landes dar.

### **Jugendarbeitslosigkeit**

Die Jugendpolitik muß sich zwangsläufig an der vorherrschenden Arbeitsmarktpolitik orientieren, da durch sie die Rahmenbedingungen für die Lage der Jugendlichen hier in Sachsen-Anhalt wesentlich bestimmt werden. Wenn die Eltern einen Arbeitsplatz haben, können sie auch effektiver ihrer Erziehungsrolle gerecht werden.

Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz haben, müssen die Möglichkeit zur Ableistung eines anerkannten freiwilligen sozialen Jahres bekommen. Das Ziel des sozialen Jahres ist eine berufsvorbereitende Beschäftigung, die dem Jugendlichen Perspektiven aufzeigen soll. Des weiteren sind verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um Mädchen in allen Berufen zu etablieren.

Hochschulabgänger finden in Sachsen-Anhalt nur noch sehr begrenzte Angebote, in ein Beschäftigungsverhältnis zu kommen. Für junge Existenzgründer bedarf es verstärkter Unterstützung durch Finanz- und Coachingprogramme. In den Unternehmen muß wieder ein Klima herrschen, das Expansion anstatt Personalabbau initiiert.

Wir wollen die Förderung von Jugendwerkstätten und -bauernhöfen durch Kommune, Land und Arbeitsamt.

### **Jugendparlamente**

Die F.D.P. fördert die Einrichtung von Jugendparlamenten in den Kommunen, wo dies von den Jugendlichen gewünscht wird. Die Entwicklungschancen von Jugendlichen müssen durch Förderung von Eigeninitiative, Mitwirkung und Selbstverantwortung verbessert werden. Der Vertrauensverlust in die Politik kann nur durch Transparenz politischer Entscheidungen und die Möglichkeit der Mitbestimmung behoben werden. In einem Jugendparlament könnten die Jugendlichen über Probleme und Lösungen diskutieren, die sie direkt betreffen. Das Jugendparlament müßte Antragsrecht sowie ein auf drei oder vier Stimmen begrenztes Rederecht in den Kommunalparlamenten bekommen. Mitglieder des Jugendhilfeausschusses der Kommunen müßten an den Beratungen des Jugendparlamentes teilnehmen (wie Dezernenten im Stadtrat). Die finanzielle Ausstattung hinsichtlich der Arbeit des Jugendparlamentes muß über das Land erfolgen, da diese Maßnahme hauptsächlich der Jugendbildung und Erziehung dient und somit in die Zuständigkeit des Landes fällt.



Für den Landesjugendring und den Ring der Politischen Jugend (RPJ) soll es ein Mitspracherecht und erweitertes Anhörungsrecht geben. Die Jugendverbände erhalten eine ausreichende finanzielle Unterstützung auf der Basis einer institutionellen Förderung.

Die jährliche Herausgabe eines Jugendberichtes zur Situation der Jugend in Sachsen-Anhalt wird die Regierung zwingen, sich stärker mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. Der Landesjugendring und der RPJ sollen die Möglichkeit haben, einen eigenen Anhang erarbeiten zu können.

### Jugendtreffs

Die F.D.P. fordert eine Erweiterung des bisherigen Angebotes an Jugendzentren/-treffs, welche soweit wie möglich von den Jugendlichen, unter Anleitung von haupt- bzw. ehrenamtlichen Mitarbeitern, in eigener Verantwortung organisiert, verwaltet und ausgestattet werden. Damit die Jugendlichen dieser Verantwortung gerecht werden und einen Bezug zu ihren Räumen erhalten, müssen Jugendtreffs dezentral angelegt werden. Die offene Jugendarbeit soll den Jugendlichen ein pluralistisches Angebot zur Freizeitgestaltung eröffnen, aber gleichzeitig sollen auch Möglichkeiten zur Hilfestellung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen bestehen (beratende bzw. unterstützende Jugendsozialarbeit und psychologische Betreuung von dazu ausgebildeten Mitarbeitern). Das Land und die Kommunen geben den Jugendzentren die notwendige finanzielle und personelle Unterstützung.

Wir wollen die Öffnung der Schulen auch in den späteren Nachmittags- und Abendstunden sowie in den Ferien für alle Kinder und Jugendlichen als Ort der Begegnung und Kommunikation sowie der Nutzung der schon vielfach vorhandenen technischen Möglichkeiten hinsichtlich der neuen Medien; Organisation in Absprache zwischen Lehrkörper und Schülerrat.

Es bedarf einer stärkeren Förderung von kinder- und jugendgerechten Angeboten zur kreativen und kulturellen Betätigung in Museen, Theatern, Musik- und Kreativschulen sowie Bibliotheken. Jugendliche mit Behinderung sollen in alle Formen der Lebens- und Freizeitgestaltung einbezogen werden.

Die F.D.P. fördert die Einrichtung und Unterhaltung von Jugendaustauschprogrammen zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Europäische Union und die immer mehr zunehmende Globalisierung der Märkte. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen alte Städtepartnerschaften in Osteuropa neu belebt und neue internationale Verbindungen geknüpft werden.

Ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit werden unterstützt durch Möglichkeiten zur kostenlosen Fort- und Weiterbildung bei der Landeszentrale für politische Bildung. Nur durch diese ehrenamtlichen Mitarbeiter konnte die Jugendarbeit bis jetzt noch recht flächendeckend erhalten werden.

### Jugendarbeit

Durch mobile Jugendarbeit (Streetworking) sollen von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche angesprochen werden, um Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogensucht sowie Kriminalisierung vorzubeugen. Dieses Streetworking sollte unter der fachlichen Aufsicht des Landesjugendamtes stehen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit Jugendsekten durch Zusammenarbeit von Vereinen, Jugendamt, Erziehern und den Kirchen soll ein Abgleiten in diese Problembereiche vermeiden helfen.

Wir werden den Ausbau der Suchtberatung und die Sicherstellung schaffen, deren Finanzierung und die personelle Ausstattung. Schwererziehbare Jugendliche sollen in die Gesellschaft integriert werden durch Betreuung im sozialen Umfeld (betreutes Wohnen), statt sie in ein Ghetto abzuschieben.

## **Mehr Arbeitsplätze durch eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik**

Wohl keine andere Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland hat derartig schamlos versucht, ihren Haushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Die Auswirkungen sind verheerend. Der ständige Zwang zur Abgabenerhöhung schafft ungünstige Standortbedingungen. Weiche Standortfaktoren, wie Kultur, Freizeitpotential und City-Service, geraten zunehmend auf die Streichliste der Kommunen. Der marode Zustand vieler Ortsstraßen erinnert wieder in fataler Weise an die letzten Jahre der DDR.

Gesunde Finanzen sind die Grundlage liberaler Kommunalpolitik. Die Gemeinden können ihre ständig wachsenden Aufgaben nur dauerhaft bewältigen, wenn der kommunalen Ebene ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Die von der rot-grünen Regierung betriebene Kommunalisierung von Leistungen hatte nur die Delegation von Aufgaben zum Ziel, führte aber nicht zu einem echten Kompetenzzuwachs der Gemeinden und Landkreise.

Mit der Veränderung der Gemeinde- und der Landkreisordnung wurde ein Gedankengut gebildet, das die gewählten Vertreter grundsätzlich dem Ruch der Inkompetenz aussetzt, während Bewegungen der Straße als die Gesellschaft rettend angesehen werden. So ist keine ehrenamtliche Mitarbeit in der Gemeinde zu gewinnen, und die Politik wird in die Hinterzimmer von Vereinen gelegt.

Die Kommunalaufsicht ist leider in der Vergangenheit ihrer Aufgabe nicht immer gerecht geworden.

Die Investitionstätigkeit der Gemeinden und Landkreise als vielfach größter regionaler Auftraggeber hat drastisch abgenommen, weil Förderprogramme zu oft einen Eigenanteil vorsehen, der den Gemeinden vorher unter Hinweis auf diese Förderprogramme vom Land aus der Zuweisungssumme gestrichen wurde, wodurch die Programme nicht nutzbar sind.

Noch immer wird die Arbeitsplatzverantwortung der Kommunen allein in der Fürsorge für den eigenen Verwaltungsapparat gesehen. Nur eine schnell arbeitende Verwaltung, die den Bürger als Kunden betrachtet und den Investitionswilligen willkommen heißt, kann die Probleme der heutigen Zeit lösen.

Durch ständige nachträgliche Austrittsoptionen aus kommunalen Verbänden, die die rot-grüne Regierung als Lösung der Probleme vor Ort präsentieren, ist eine Konstanz der Arbeit von Zweckverbänden zunehmend gefährdet und monatelanger Stillstand verursacht. Rechtsunsicherheit für kommunale Tätigkeit scheint das Ziel des Magdeburger Modells.

Es ist Zeit zum Neubeginn !!!

Wir werden die kommunale Selbstverwaltung und die finanzielle Unabhängigkeit der Kommunen garantieren.

Wir werden für eine adäquate Finanzausstattung sorgen. Die Verschuldung der Gemeinden muß begrenzt werden. Dafür bedarf es eines angemessenen Anteils der Haushaltsmittel des Landes für den kommunalen Finanzausgleich und die Beschränkung der zweckgebundenen Zuweisungen innerhalb des Ausgleichs.

Wir werden eine volle Erstattung der Ausgaben des übertragenen Wirkungskreises, die den Gemeinden vom Land neu übertragen werden, durchsetzen.

Wir setzen uns für eine Funktionalreform ein, die die kommunale Selbstverwaltung durch konsequente Verlagerung von staatlichen Aufgaben auf die Kommunen stärkt und den Grundsätzen der Einheit und der Einräumigkeit der Verwaltung Rechnung trägt.

Wir wehren uns dagegen, daß das Land die Selbstverwaltung der Gemeinden immer mehr durch vorweggenommene Entscheidungen und Eingriffe aushöhlt.

Wir werden dafür sorgen, daß im Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Sportbereich bei finanziellen Zuwendungen keine Auflagen und Bedingungen gemacht werden, die die Entscheidungsfreiheit der Kommunen einengen.

Wir werden für eine zügige Privatisierung kommunaler Leistungen sorgen, wenn diese durch Private billiger und effektiver zu erbringen sind. Bauhöfe mit höheren Personalkosten als Auftragsvolumen müssen der Vergangenheit angehören. Privatisierung heißt auch Entstaatlichung, Verwaltungsvereinfachung, Entbürokratisierung und mehr Wettbewerb im Sinne marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien.

Wir werden die Verwaltungsabläufe rationalisieren, überflüssige Leistungen abbauen und durch wirtschaftliche Analysen eine sparsame Haushaltsführung herbeiführen. Die Verwaltung ist als Dienstleistungszentrum zu verstehen und entsprechend zu führen. Der Bürger hat Anspruch auf eine sparsame, schnell und wirksam arbeitende Verwaltung.

Vorrangig ist für unsere Gemeinden die Verbesserung der Einnahmen durch Förderung und Neuan siedlung von produzierendem Gewerbe. Daher muß hier auch energische Gegensteuerung durch innovative kommunale Wirtschaftsförderung einsetzen, die aus augenblicklichen strukturellen Schwächen rasch Stärken einer verbesserten Infrastruktur und eines positiven Förderungsklimas machen kann.

Die wohl dauerhafteste Strategie einer Wirtschaftsförderung in den Gemeinden ist die der Kooperation mit Nachbargemeinden und Nachbarkreisen. Nur dadurch kann eine drastische Entrümpelung von unnötigen Verfahrensschritten, übermäßiger Bürokratie und damit Verkürzung der Genehmigungsverfahren erreicht werden. Solche Zusammenarbeit der Nachbargemeinden - auch mit überörtlichen Industrie- und Handwerkskammern - bringt Synergieeffekte und Rationalisierungsgewinne.

Wir werden die Rahmenbedingungen schaffen, demokratisch kontrollierte, effiziente Organisationsstrukturen aufzubauen.

Wir werden Investitionshemmnisse wo immer es geht beseitigen, um den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess zu beschleunigen und Arbeitsplätze zu sichern.

Wir werden durch Änderung der Landesbauordnung und Optimierung von Verwaltungsverfahren bei Bauvorhaben die zu beteiligenden Behörden auf ein Minimum beschränken.

Wir werden Bemühungen unterstützen, für das Beratungsangebot über Förderprogramme für Klein- und Mittelbetriebe, lokale Dienstleister, die örtlichen Banken und Sparkassen, als eine Art örtlicher Bürgerberatung - auch über Umwelt-, Sozial- und Kulturvorhaben der Stadt - zu nutzen. Das Kulturmanagement einer Kommune sollte sehr eng mit der Wirtschaftsförderung zusammenarbeiten - auch um Investoren und ihre Bedeutung für die Gemeinde vorzustellen, Sozial- und Natursponsoring zu erreichen.

Wir werden durch offensive Förderpolitik und qualifizierte Beratung die Abwasserverbände in die Lage versetzen, schnellstmöglich den optimalen Anschlußgrad zu erreichen, damit Gebühren bezahlbar bleiben. Dabei wird es keine Knebelverträge geben, die Verbände völlig handlungsunfähig machen.

## **Neubeginn für mehr Arbeitsplätze Jetzt !**

Verabschieden Sie sich von einer Landesregierung, deren Hauptzweck der eigene Machterhalt ist.

Zeigen Sie den Grünen die rote Karte für eine Politik, die im Westen längst abgeschriebene Spinnereien zur Doktrin erhebt.

Sachsen-Anhalt braucht wieder eine Zukunft.  
Die F.D.P. steht dafür.

Mit einer rot-grünen Minderheitsregierung, getragen von der PDS, oder einer großen Koalition finden Fortschritte nicht statt, Entwicklungen werden gehemmt.

Für klare, dem Land dienende politische Entscheidungen sind klare politische Mehrheiten notwendig.  
Die Alternative bedeutet Stillstand oder Rückschritt.

Die Liberalen in Sachsen-Anhalt setzen auf eine Politik der Vernunft, auf kritische Auseinandersetzung, wenn es um die Rechte, Pflichten und Steuergelder der Bürger geht.

Die F.D.P. spricht auch unbequeme Wahrheiten aus, wenn es darum geht, die Zukunft unseres Landes zu sichern.

Die Liberalen in Sachsen-Anhalt setzen darauf, Leistung soll sich wieder lohnen, gleich ob für den Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. Jeder muß aber auch die Chance zur Leistung bekommen.

Die größte Bedrohung der Freiheit und des sozialen Friedens ist die Arbeitslosigkeit.  
Für die Freien Demokraten ist der Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze oberstes Ziel ihrer Politik im Land Sachsen-Anhalt.

Wir, die F.D.P. in Sachsen-Anhalt, wollen unser Land zu einem Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort von Format machen!

**Holen Sie Sachsen-Anhalt aus dem Chaos - Wählen Sie **F.D.P.****

Die Innovativen